



Tagesordnung 1 Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 02. Juli 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-33-0073

**Vereinbarkeit von Toleranzzonen und Stadtentwicklung
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.06.2014**

Die bestehende für Wiesbaden gültige Sperrgebietsverordnung des Regierungspräsidiums Darmstadt stammt aus dem Jahr 1979. Seit dem hat sich die Landeshauptstadt Wiesbaden stadtplanerisch deutlich weiterentwickelt und ausgeweitet, so dass sich viele der ehemals außerhalb von Wohngebieten liegenden sogenannten Toleranzzonen mittlerweile innerhalb oder zwischen Wohngebieten befinden. Dass dies zu Konflikten führen kann, zeigt die Diskussion um den Bauantrag eines Prostitutionsbetriebes in der Wiesbadener Straße in Mainz-Kastel.

Der Ausschuss möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) inwiefern die Toleranzzonen mit der heutigen Stadtentwicklung im Konflikt stehen; und
- 2) wie die Toleranzzonen bzw. die Sperrgebietszonen verändert werden müssten, um die Ansiedlung von Prostitutionsbetrieben in bestehenden und mittelfristig geplanten Wohngebieten künftig zu vermeiden.

Beschluss Nr. 0044

Der Antrag ist angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2014

Schuchalter-Eicke
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2014

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2014

Dezernat VII in Verbindung mit
Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister